

Nebenschauplatz

von Alban Werner

- Der DGB läuft den privatisierten Altersrenten mit Minimalforderungen im Bereich Geschlechtergerechtigkeit hinterher, anstatt die ungerechte „Riester-Rente“ insgesamt in Frage zu stellen.

Seit einigen Wochen läuft eine u.a. von Alice Schwarzer als Schirmherrin getragene, vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) unterstützte Kampagne gegen die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen bei der Festsetzung von Tarifen bei der sog. „Riester-Rente“.

Und *„Ziel der Aktion ist [es], dass die Bundesregierung die private Versicherungswirtschaft verpflichtet, insbesondere dort, wo Leistungen aus der gesetzlichen Solidargemeinschaft heraus gebrochen werden, gleiche Tarife für Frauen und Männer anzubieten“* (Erklärung auf der Homepage der Aktion „Tag der Abrechnung“¹).

Der DGB hat den Widerstand gegen die Teilprivatisierung der Rente (nicht zuletzt, weil dieser Schritt von der SPD eingeleitet wurde) aufgegeben und damit die mutwillige Schwächung eines wichtigsten Pfeilers des Nachkriegswohlfahrtsstaats hingenommen. Dieser Schritt stimmte überein mit Übernahme der Logik „zu hoher Lohnnebenkosten“ und der „unfairen Belastung künftiger Generationen“. Jetzt, da die Spitzen des DGB die Privatisierung der Altersvorsorge anscheinend als nicht mehr zu veränderndes Faktum akzeptiert haben, bemüht man sich, die ganze Geschichte ein wenig sozialer zu konsolidieren. Dazu biedert sich gegenwärtig die Vize-Vorsitzende des DGB Ursula Engelen-Kefer, gestützt auf ein Gutachten der Hans Böckler-Stiftung, bei den unmittelbaren Profiteuren der Rentenprivatisierung an mit der Begründung, das *„Wichtigste ist, dass überhaupt mehr Menschen eine zusätzliche Altersvorsorge aufbauen. Das sollte auch im Interesse der Versicherungswirtschaft sein“*².

Die Kritik des DGB greift (wieder einmal) zu kurz und geht am eigentlichen Problem vorbei: Dass nämlich die Teilprivatisierung der Renten a) ungerecht, b) per se sexistisch und c) ökonomisch nicht sinnvoll ist.

zu a): Die Teilprivatisierung der Rentenfinanzierung bedeutete den Einstieg in den Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung von Sozialleistungen unter der rotgrünen Bundesregierung. Sie war der Dambruch für die erste faktische Rentenkürzung in der Geschichte der BRD in diesem Jahr und legt den Grundstein für weitere Abbaumaßnahmen im Bereich der Altersvorsorge.

zu b): Frauen verdienen in den Industrieländern, nicht zuletzt in Deutschland weniger als Männer. Ihnen stehen weniger Mittel zur Verfügung, um eine private Altersvorsorge finanzieren zu können. Sie stehen daher vor der Wahl, in der Gegenwart weniger Geld zur Verfügung zu haben (weil sie eben jenes fürs Alter sparen müssen), oder im Alter mit weniger Mitteln zurechtzukommen. Durch diese

¹ http://www.barmer-vv.de/tagderabrechnung/1_mitmachen.htm

² http://www.dgb.de/presse/pressemeldungen/pmdb/pressemeldung_single?pmid=2343

Konstellation werden hierarchische Geschlechterverhältnisse verstärkt und festgeschrieben. Dass viele Frauen, um nicht in die Falle der Altersarmut zu tappen (von der sie auch wesentlich stärker bedroht sind als Männer) an die Einkommen ihrer Ehepartner gebunden sind, schafft keine Grundlage für emanzipierte Lebensführung.

zu c): Nicht zuletzt ist die Teilprivatisierung der Renten ökonomisch widersinnig, denn durch „die Diskussion um die Einführung einer kapitalgedeckten Rente haben viele, aus Angst, dass sie die Rente in Zukunft zu einem großen Teil privat versichern müssen, ihren Konsum zurückgefahren. Die Sparquote stieg“³.

Zwar ist Einsatz gegen Ungleichbehandlung von Frauen und Männern politisch grundsätzlich zu begrüßen, doch mit seiner Aktion verhält sich der DGB letztlich zur neoliberalen Privatisierungspolitik völlig affirmativ, anstatt sie frontal anzugreifen – wobei er auf breite Zustimmung hoffen könnte.

Die Aktion „Tag der Abrechnung“ wird, wenn erfolgreich, nur eine kosmetische Operation durchsetzen, an der strukturellen Ungerechtigkeit und der Umverteilung von unten nach oben aber nichts ändern können; qualitativ ändert sich allenfalls, dass Frauen und Männer jetzt quasi „gleichberechtigt“ um ihre hart erarbeiteten Alterseinkünfte betrogen werden. Dass dieses Vorhaben nur vordergründig progressiv ist, beweist allein das positive Votum des CDU-dominierten Bundesrats und der vergleichsweise geringe Widerstand in den bürgerlichen Medien und neoliberal dominierten Parteien des Bundestags.

KollegInnen im DGB: Lasst die Nebenschauplätze sein!

³ Igor Gilitschenski, „5 Thesen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung“, <http://www.jusos.org/modules.php?name=News&file=article&sid=384> .